

Wolfgang Schäuble und Michael Glos:

Kein neuer Aufbruch, sondern Rückschritt

Zum Abschluß der rot-grünen Koalitionsverhandlungen erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und der 1. Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos:

1. Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung ist eine Enttäuschung für alle, die an die Versprechungen Gerhard Schröders von Modernisierung und Innovation geglaubt haben. Die Umsetzung dieser Politik ist kein neuer Aufbruch, sondern Rückschritt. Der Aufschwung in Deutschland, den wir als Folge der Reformentscheidungen der bisherigen Bundesregierung sowohl konjunkturell wie am Arbeitsmarkt verzeichnen können, wird dadurch zunichte gemacht.

2. Die angekündigte Steuerreform, die – gemessen an dem Petersberger Steuerkonzept – nicht einmal das Etikett Mini-Reform verdient, ist halbherzig, widersprüchlich und unausgewogen. Sie führt zur Belastung von Mittelstand und Unternehmen und damit zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Verhinderung von Investitionen. Sie erfüllt nicht einmal die kleinsten Ansprüche an eine strukturelle Vereinfachung des Steuerrechts, sondern wird durch

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Rücktritt

Die „neue Mitte“ ergreift die Flucht. Wolfgang Schäuble zum Verzicht Stollmanns auf ein Ministeramt unter Schröder. Seite 5

● Arbeitsplätze

Angela Merkel: 40.000 Stellen in der Atomindustrie gefährdet. S. 9

● Steuerpolitik

Hans-Peter Repnik: Der rot-grüne Steuerpoker hat einen Verlierer: Deutschland. Seite 10

● Herbstgutachten

Aktenkundig gemacht: Institute testieren der alten Regierung eine gute Abschlußbilanz. Seite 14

● Kosovo-Konflikt

Wolfgang Schäuble: Eine Entscheidung, die hoffentlich hilft, Blutvergießen zu verhindern. Aus der Rede in der Bundestagsdebatte am 16. Oktober. Seite 22

● Großer Zapfenstreich

Helmut Kohl: Frieden und Freiheit sind unlösbar miteinander verbunden. Aus der Rede des Bundeskanzlers anlässlich seiner Verabschiedung in Speyer. S. 26

Kurz & gut

Ungebrochen optimistisch

sind laut jüngster Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nahezu vier Fünftel von rund 300 ostdeutschen Unternehmen. Sie bezeichnen ihre Geschäftslage als "gut" oder "eher gut" und haben bereits im vergangenen Jahr kräftige Umsätze und eine gute Ertragslage verbucht.

So niedrig wie nie zuvor

war 1997 der Krankenstand bei den Pflichtversicherten bei den Betriebskrankenkassen. Wie der BKK-Bundesverband mitteilte, hat die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage 1997 in Westdeutschland auf durchschnittlich 18 Kalendertage gegenüber 20 im vorangehenden Jahr abgenommen. 1991 waren die Beschäftigten im Durchschnitt noch 26 Tage krank.

Leicht gestiegen

ist im August der Umsatz des deutschen Einzelhandels. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, nahmen die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr um real 1,9 Prozent zu. Auch im Juli hatte es einen Zuwachs in dieser Größenordnung gegeben.

Mehr als 100.000 offene Stellen

gibt es derzeit in der deutschen Informationstechnik-Branche. Jeder sechste Arbeitsplatz bleibt zur Zeit leer, und das Wachstum auf diesem Zukunftsfeld hat sich 1998 weiter beschleunigt.

Störungsfrei

hat bei der Bundestagswahl die Deutsche Post über vier Millionen Wahlbriefe bearbeitet. Noch am Wahlsonntag wurden ca. 50.000 Wahlbriefe durch besondere Kuriere der Posttochter PostExpress den Wahlleitern ausgehändigt.

CDU startet Aktion: Jetzt die CDU stärken! Mitglied werden!

"Am Ende überweg bei vielen der Wunsch nach einem Wechsel - ohne seine Richtung zu kennen." Zu diesem Schluß kommt in ihrer Wahlanalyse die

Konrad-Adenauer-Stiftung. Man kann erwarten, daß sich bei vielen "Wechsel" wählen schon bald der Zweifel einstellen wird, ob Rot-Grün wirk-

lich für eine gute Zukunft steht. Das wird nicht bedeuten, daß sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger automatisch wieder der CDU zuwenden. Sie werden

aber bereit sein, sich von der CDU ansprechen zu lassen. - Deshalb beginnen ab sofort alle Gliederungen der CDU mit einer breit angelegten Mitgliederwerbung.

Titel des Faltsblatts dazu: "Mitglieder werden Mitglieder". Das Motto der Mitgliederwerbung-Aktion: "Jetzt die CDU stärken! Mitglied werden!"

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHEN
AUF EINER SEITE**

**NR.
35**

Eine Steuerreform hat nur dann Erfolg, wenn sie wie ein greller Blitz einschlägt. Die Bevölkerung muß sprachlos sein. Die Steuerreform von SPD und Grünen ist eine matte Funzel.

BILD-Kommentar

Rot-Grün will Wahlversprechen unauffällig verschwinden lassen

Noch Anfang September sind im Deutschen Bundestag die Zahlen des Haushalts '99 ausführlich diskutiert worden. Wenn Rot-Grün jetzt riesige Haushaltslöcher entdeckt, dann müssen sich die neuen Koalitionäre fragen lassen, wie diese so plötzlich kommen können. Wolfgang Schäuble: "Es gibt keine neuen Sachverhalte. Die Rot-Grünen entwerfen eine Scheinwirklichkeit und inszenieren Realität, um darin ihre Wahlversprechen möglichst unauffällig verschwinden zu lassen."

Unsere Reformen tragen Früchte

Der designierte Arbeitsminister spricht sogar schon davon, daß die Arbeitslosigkeit wieder steigen könne, und schert sich nicht darum, daß eben erst die Vier-Millionen-Grenze zum ersten Mal seit knapp zwei Jahren deutlich unterschritten worden ist und sich auf dem Arbeitsmarkt weitere Verbesserungen ankündigen.

Wolfgang Schäuble: "Ganz offensichtlich macht sich bei SPD und Grünen die Sorge breit, daß die angekündigte Rücknahme der Reformen der Regierung Kohl auch zum Rückgang der Verbesserungen

führen könnte, die diese Reformen bewirkt haben. Kommt es dazu, dann wäre das die Folge rot-grüner Politik. Davon darf nicht abgelenkt werden."

CDU und CSU werden jetzt die Alternative zur Regierungspolitik von Rot-Grün deutlich machen.

"Gift für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt" ist insbesondere, im nationalen Alleingang die deutschen Energiepreise zu erhöhen. Und auch das, was ansonsten in der Steuerpolitik bisher öffentlich diskutiert worden ist, "läßt Schlimmes befürchten".

"Wir werden die Scheinwelt rot-grüner Inszenierungen - so Schäuble - den Bürgerinnen und Bürgern vor Augen führen, auf die Uneinigkeit in wichtigen Sachfragen allein innerhalb der SPD aufmerksam machen und dagegen unsere Position einer Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik stellen, die mit großer Aussicht auf Erfolg zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt und erste Erfolge sogar schon hat sichtbar werden lassen."

ABM-Stellen gefährdet

Angeichts der angespannten Finanzlage des Landes hat das Finanzministerium von Sachsen-Anhalt eine Haushaltssperre verhängt. Geplante Ausgaben müssen nun vom Ministerium einzeln geprüft und genehmigt werden.

Gleichzeitig wurden konkrete Sparpläne für das nächste Jahr bekannt. Danach werden 1999 in dem SPD-reglierten Bundesland bis zu 10.000 ABM-Stellen - etwa ein Viertel des derzeitigen Bestandes - wegfallen.

Gegen weitere Kürzungen

von Beamtenpensionen hat sich vehement Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gewandt. Durch das Versorgungsreformgesetz dieses Jahres sind bereits Kürzungen vorgenommen

worden. Mit Abstrichen von den jährlichen Einkommensanpassungen werden Rücklagen gebildet, die insgesamt gut 60 Mrd. DM erreichen und ab 2014 ausschließlich zur Finanzierung der Versorgungskosten dienen sollen.

Fortsetzung von Seite 1

krasse Umverteilungsmechanismen zu weiterer Verkomplizierung und damit zu Chaos in der Steuerverwaltung führen.

Wir haben vor der Wahl gesagt, daß Spielräume für eine durchgreifende Nettoentlastung vorhanden sind. Das Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigt das. Die Behauptung der rot-grünen Koalition, sie stehe vor neuen Finanzlöchern, ist deshalb nachweislich falsch.

3. Die beabsichtigte Rücknahme aller Maßnahmen, die auch nach Aussage des Gemeinschaftsgutachtens zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt in 1998 und 1999 beitragen, wird die Chance auf mehr Arbeitsplätze drastisch verschlechtern. Insbesondere das Zurückdrehen oder Aussetzen der Reformen in den sozialen Sicherungssystemen wird zu neuen Finanzbelastungen in Milliardenhöhe führen.

Allein das Aussetzen der Rentenreform 1999 der Regierung Kohl wird die Beitragszahler im nächsten und übernächsten Jahr über 4 Mrd. DM kosten. Es ist unverantwortlich, eine neue Reform in vier Jahren zu versprechen und damit erneut Unsicherheit über die Zukunft der Renten zu schüren. Alle Berechnungen sind längst angestellt worden, alle Modelle auf den Tisch gelegt und diskutiert worden. Es gibt keine neuen Erkenntnisse.

4. Die in diesem Zusammenhang vorgesehene Umschichtung von Energiesteuern zur Sozialversicherung ohne eine Begrenzung auf der Ausgabenseite der Sozialversicherung wird im Ergebnis nicht zu einer Verringerung der Beiträge, sondern nur zu einer Erhöhung der Energiesteuern führen. Die rot-grüne Koalition ist strukturell unfähig zu sparen.

5. Aus all diesen Gründen wird verständlich, daß entgegen den Ankündigungen im Wahlkampf der designierte Arbeitsminister schon jetzt vorsorglich eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit für möglich hält, und nicht minder verständlich ist, daß der ursprünglich vorgesehene Wirtschaftsminister Stollmann wegen der – wörtlich – „desaströsen Koalitionsvereinbarungen“ gar nicht erst antritt.

6. Im Bereich der Energiepolitik sind nationale Alleingänge bei der Besteuerung ebenso der völlig falsche Weg wie der angekündigte Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Sie werden sowohl zu einer Verschlechterung der Investitionsbedingungen führen als auch zu einem entscheidenden und nachhaltigen Verlust an Sicherheitstechnologie.

7. Die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit wird die Integration ausländischer Mitbürger nicht fördern, sondern gefährden. Integration entwickelt sich in den Schulen, in den Betrieben, in der Nachbarschaft, über das Erlernen der deutschen Sprache, über Eingewöhnung. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kann einen erfolgreichen Integrationsprozeß keinesfalls ersetzen. Die bereitwillige Verteilung eines deutschen Passes allein macht aus Ausländern keine Deutschen. Statt dessen schafft die Zulassung einer generellen doppelten Staatsangehörigkeit Privilegien, die Deutschen nicht zustehen. Das fördert nicht Ausländerfreundlichkeit und Toleranz in unserer Bevölkerung.

8. Im übrigen besteht die Koalitionsvereinbarung im wesentlichen aus Absichtserklärungen, Überschriften, Einsetzung von Kommissionen und

Marionettenkanzler an den Fäden Lafontaines

Zum rot-grünen Koalitionsvertrag erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Der rot-grüne Koalitionsvertrag ignoriert die Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Mit dem von Oskar Lafontaine und Jürgen Trittin bestimmten Kurs traditioneller Linkspolitik droht in Deutschland eine Verschärfung des Problems der Arbeitslosigkeit.

Der Koalitionsvertrag enthält eine Reihe von verhängnisvollen Fehlern. Die Steuerpläne von Rot-Grün führen zu einer Netto-Belastung für die Arbeitsplätze und zu einem Nullsummenspiel für die Bürger. Das was ihnen an magerer Steuerentlastung gewährt wird, müssen sie über höhere Benzinpreise, teureres Heizöl und empfindlich steigende Strom- und Gaspreise wieder abgeben.

Gegen alle Beteuerungen ist der rot-grüne Koalitionsvertrag ein Programm

zur Verschlechterung der Situation des Mittelstandes und zur Vertreibung von Investoren. Statt des versprochenen eigenen Konzeptes flüchtet sich Rot-Grün in Reformrücknahmen und wird dabei an den Gesetzen der Mathematik scheitern. Der Verzicht auf wichtige Zukunftstechnik wird massiv Arbeitsplätze kosten.

Die Pläne zur generellen Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft sind ein Irrweg und gefährden die notwendige Integration der ausländischen Mitbürger.

Schon jetzt ist die Aufgabenverteilung in der neuen Regierung deutlich. Schröder ist für den Verkauf zuständig, Lafontaine und Trittin für das Produkt. Viele Wähler bekommen jetzt eine Politik, die sie nicht gewollt haben. Schröder muß sehr aufpassen, daß er nicht zum Marionettenkanzler an den Fäden Lafontaines wird.

weiteren Verschiebungen auf die Zeitachse anstatt aus konkreten Vorschlägen zur Lösung der Probleme. Auch eine durchgreifende Verkleinerung des Kabinetts findet im Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen vor der Wahl nicht statt. Es fehlen in den Koalitionsvereinbarungen Aussagen zu einer Reform unseres föderalen Systems, und auch zur Bildungspolitik sind lediglich vage Ankündigungen von mehr Ausgaben, ist aber keine Spur von strukturellen Reformen zu finden.

9. Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung dokumentiert die innere Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit dieses

Parteienbündnisses: Modern wirken zu wollen, aber rückwärts gewandte Konzepte zu verfolgen. Reformbündnis sein zu wollen, aber alle Reformen zurückzudrehen. Vertrauen in eine solide Politik wecken zu wollen, aber der Versuchung einer unseriösen Ausgabenpolitik zu erliegen.

Ein neues gesellschaftliches Bündnis anzupeilen, aber nur neue soziale Konflikte aufzureißen. Diese Koalitionsvereinbarung ist ein Dokument der alten Linken. Sie verfehlt den Anspruch, Deutschland in eine gute Zukunft zu führen. Die Deutschen haben zwar diese Koalition gewählt, aber diese Politik nicht verdient.

Die „neue Mitte“ ergreift die Flucht

Zum Verzicht Stollmanns auf ein Ministeramt unter Schröder erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Es gereicht Herrn Stollmann zur Ehre, daß er sich der rot-grünen Politik verweigert. Über soviel Biagsamkeit verfügt nicht einmal der sonst so quecksilbrige Quereinsteiger, daß er die von Nebenkanzler Lafontaine bestimmten Richtlinien der Politik hätte mittragen können. Als Feigenblatt für Schröders „neue Mitte“, die in Wahrheit nur die alte Linke ist, war er sich ebenso zu schade wie für das, was Lafontaine ihm übriglassen wollte: den Job eines Ministers für Messeeröffnungen. Stollmanns Verzicht macht es aktenkundig: Von Aufbruch ist bei Schröder nichts zu sehen, von Einbruch um so mehr.

Paukenschlag

Zum Rücktritt des designierten Wirtschaftsministers der rot-grünen Koalition, Jost Stollmann, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Gerhard Schröder wollte mit seiner Wirtschaftspolitik die SPD für die „Neue Mitte“ öffnen. Bevor die Tür geöffnet werden konnte, hat sich der als Türöffner vorgesehene Jost Stollmann aus der Mannschaft verabschiedet. Dieses ist eine erneute, schwere Niederlage für Gerhard Schröder in der Auseinandersetzung mit Oskar Lafontaine. Es wird wiederum deutlich, wie schwer der interne Machtkampf zwischen dem Kanzlerkandidaten und dem Parteivorsitzenden ist. Schon die in den Koalitionsverhandlungen bekannt gewordenen Vorschläge für eine neue Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik tragen eindeutig die Handschrift von Oskar Lafontaine und nicht die von Gerhard Schröder.

Zu Stollmanns Abschied kann man nur sagen: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr wird gedrängt zu gehen.

„Neue Mitte“ geräumt

Generalsekretär Peter Hintze zum Rücktritt des designierten SPD-Wirtschaftsministers Jost Stollmann:

Im Zuge der rot-grünen Regierungsbildung haben wir einige erstaunliche Tatsachen zur Kenntnis nehmen müssen. Rot-Grün hat, wie vor den Wahlen angedroht, ein Programm der Reformen-Rücknahmen beschlossen. Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitsplätze in Deutschland eine schwere Belastung.

Schneller als erwartet ist auch eine politische Position geräumt worden, die im Wahlkampf noch dazu diente, für die Sozialdemokraten Stimmung zu machen, die „Neue Mitte“.

Gerhard Schröder hat diese „Neue Mitte“ im Wahlkampf ritualhaft beschworen und damit immerhin eine Menge Wählerinnen und Wähler angesprochen. Kaum sind die Wählerstimmen in der Urne, kann die „Neue Mitte“ wegtreten.

Ich werte den fluchtartigen Rückzug von Jost Stollmann als ein Eingeständnis dafür, daß jemand, der sich um die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, um Arbeitsplätze, um Innovationen kümmert, mit dem Programm, das Rot-Grün jetzt zusammenstrickt, nicht arbeiten kann. Insofern ist der Rückzug von Jost Stollmann ein erstes Fanal für das, was die rot-grüne Regierung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplätze in Deutschland bedeuten wird.

Gerhard Schröder ist nun dem deutschen Volk gegenüber auskunftspflichtig, ob er es, was seine politische Positionierung im Wahlkampf angeht, betrogen hat oder wie

er ansonsten die Entscheidungen der letzten Tage inhaltlich erklären kann.

Kommentare

Böses Spiel

Jämmerlich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: So etwa läßt sich die Summe der rot-grünen Koalitionsvereinbarungen ziehen. Schröder fand den Ausweg aus einem ängstlichen Sozialdemokratismus nicht. Wo aber sollte in dieser Welt einer wichtig-verknöcherten „Steuerreform“ und einer auf die lange Bank geschobenen Rentenreform Platz sein für einen Wirtschaftsminister Stollmann, der alles in allem das Gegenteil von dem vertritt, was Schröder, Lafontaine und Fischer sich zu tun anschicken? Sein Rückzug in letzter Minute zeigt denn doch, daß Stollmann nicht nur ein idealistischer Luftikus ist, sondern eben auch ein Realist. Er provozierte den Bruch, indem er sich weigerte, als Wirtschaftsminister Zuständigkeiten an den künftigen Finanzminister Lafontaine abzugeben. Doch nicht nur das: Er hatte die Frechheit, seinerseits zusätzliche Kompetenzen auf Kosten Lafontaines zu verlangen.

Stollmann ist nicht als Meteor in die politische Landschaft eingeschlagen. Er war nur eine Sternschnuppe, die im Verglühen noch einmal ein bezeichnendes Licht auf das rot-grüne Projekt wirft. Diesen kleinen Triumph mag man ihm gönnen. Dem offensichtlich von den Sozialdemokraten geplanten bösen Spiel, ihn ohne eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten in der neuen Regierung eine Zeitlang mitzuschleppen, weil Schröder bei ihm eben im Wort war, hat Stollmann sich entzogen.

Frankfurter Allgemeine

Rücksichtslos weggeboxt

Der frühere Unternehmer Jost Stollmann hatte nie eine Chance. Was hätte ein

kreativer, liberaler Freigeist auch in einer Lafontaine-SPD verloren, die den Sozialstaat als Vollversorgungs-Agentur konserviert? An Stollmanns Schicksal bewahrt sich verspätet eine Prophezeiung des BDI-Präsidenten Henkel gegenüber dem Kanzlerkandidaten Schröder: „Sie werden keinen Unternehmer finden.“ In der Tat war Stollmann ja eine lebenswerte Notlösung Schröders, der sich zuvor eine Reihe von Absagen weitsichtigerer Wirtschaftsführer eingehandelt hatte. Stollmann ist nach Scharping das zweite Opfer von Oskar „Napoleon“ Lafontaine. Ohne Rücksicht auf Verluste setzt der Saarländer seine Interessen durch: programmatisch wie personell. Jetzt hat er Schröders Köder für die „neue Mitte“ weggeboxt.

Rheinische Post

Weggebissen

Daß Stollmann von der SPD weggebissen und von einem ehemaligen Veba-Geschäftsführer ohne festen Job ersetzt wurde, ist auf vielfache Weise symptomatisch. Sowohl für die Unbekümmertheit, mit der die SPD ihre Wähler getäuscht hat, als auch für das Maß an unüberwindlichem Ekel, den ein Mann wie Stollmann in sozialdemokratischen Reihen ausgelöst haben muß.

Die Welt

Ein Fiasko für Schröder

Ist er nun ein weiteres Opfer von Lafontaines Machthunger, oder hat er einfach ein bißchen zu hoch gepokert? Wie auch immer: Stollmanns Abgang ist ein Fiasko für Schröder, ein denkbar schlechter Start für die neue Regierung, die offiziell ja noch gar nicht im Amt ist.

Ist schon der Koalitionsvertrag nicht der erhoffte große Wurf, so ist das Personaltheater erst recht beschämend.

Ein Unternehmer geht, ein Ex-Manager kommt. Das ist Personalpolitik im Stil eines Ex-und-hopp-Verfahrens.

Oder sollte gar Stollmann ohnehin nur den Lockvogel auf Zeit spielen, wie Kritiker jetzt meinen? Das ist eigentlich nicht vorstellbar. Viele werden aber enttäuscht sein, die die SPD gerade wegen Stollmann und im Vertrauen auf die „Neue Mitte“ gewählt haben.

Schröder muß nun mit dem Makel leben, daß er mit „seinem“ Wirtschaftsmann Stollmann aufs falsche Pferd gesetzt hat. Lachender Dritter ist der heimliche „Schattenkanzler“ Lafontaine, der im parteiinternen Derby um Macht und Einfluß wieder mal die Nase vorn hat.

Express

Das ist Wählertäuschung

Schröder warb mit Hilfe des angeblich so unabhängigen und unkonventionellen Unternehmers um die neue Mitte. Nun, da diese neue Mitte ihre Schuldigkeit getan hat, nun braucht die Sozialdemokratie auf diese neue Mitte keine Rücksicht mehr zu nehmen. Auf einen Stollmann kann getrost verzichtet werden. Statt dessen zaubert Schröder einen weiteren Manager aus dem Hut, der alle Entscheidungen widerspruchslos zu schlucken hat. Auch das ist Wählertäuschung. Kein guter Start für die neue Regierung. Und keine gute Hoffnung auf eine wirklich neue Politik.

SWR

Zweite Wahl

Lafontaine hat einen Sieg auf ganzer Linie errungen. Er hat alles erreicht. Er hat sein Superministerium bekommen. Er hat eine starke Stellung gegen Schröder. Er ist Stollmann los. Und er hat sogar die Schramme ausgewetzt, die er am Montag gefangen hatte, als er sich beim Poker um den Fraktionsvorsitz nicht durchsetzen konnte. Der Neue ist natürlich zweite Wahl.

RTL

„Herr Stollmann ist der Käse in der Mausefalle der SPD.“

Graf Lambsdorff am 28. Juli im Saarländischen Rundfunk

Lafontaine will sich als Nebenzkanzler etablieren

Es ist peinlich für Schröder, daß ihm Stollmann ausgerechnet jetzt einen Korb gegeben hat, an dem Tag, an dem die rot-grünen Koalitionsverhandlungen abgeschlossen werden. Peinlich aber vor allem deshalb, weil Schröder sich für ihn immer wieder eingesetzt hat. Die Sache hat aber natürlich noch eine andere Seite, für die Stollmann nicht in Anspruch genommen werden kann: Er ist das Opfer der für Lafontaine ausgeweiteten Kompetenzen im Finanzministerium. Lafontaine will sich mit einem Superministerium als stärkste Kraft im Kabinett, als eine Art Nebenzkanzler etablieren.

WDR

Ein viel tiefer liegendes Problem der SPD hat sich offenbart

Einer, der im Wahlkampf als zukünftiger Wirtschaftsminister hochgelobt wurde, ist kurz vor seiner Vereidigung zurückgetreten worden. Wie anders soll man Jost Stollmanns enttäuschte Äußerung verstehen, er hätte es gerne gemacht. Nur, die Voraussetzungen, unter denen er angetreten sei, seien so verändert worden, daß eine erfolversprechende Arbeit nicht mehr möglich sei. Die Personalie Stollmann, der Sieg von Lafontaine, offenbart das viel tiefer liegende Problem der SPD, das sich auch in den Koalitionsverhandlungen ausgedrückt hat.

ARD

Geradezu blinde Irrationalität

Zu den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen der rot-grünen Koalitionsgespräche über einen Ausstieg aus der Kernenergie erklärte der Energieexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt-Dieter Grill:

Die veröffentlichten Ergebnisse der rot-grünen Koalitionsgespräche sind eine Flucht vor der konkreten Verantwortung für die Entsorgung der auch mit Zustimmung rot-grüner Landesregierungen laufenden Kernkraftwerke. Rot-Grün kann offensichtlich z. Zt. nur eine Ablehnung der bestehenden Entsorgungsanlagen beschließen, nicht aber ein tragfähiges Konzept für die Zukunft.

Wo sollen neue Endlagerstandorte herkommen, wenn SPD und Grüne alle bisher bekannten Standortalternativen strikt abgelehnt haben? Wer die Transporte in die Wiederaufbereitung nach Frankreich und England verbieten will, muß Zwischenlagerkapazitäten in Deutschland schaffen. Die Anlagen in Ahaus und Gorleben werden dringender gebraucht denn je zuvor. Dezentrale Anlagen an Kernkraftwerken lassen sich bau- und planungs-

rechtlich nicht aus dem Boden stampfen. Soll so die Stilllegung der Kernkraftwerke über die Verweigerung der staatlichen Pflicht der Entsorgungsvorsorge auf kaltem Wege erzwungen werden?

Die von den Bündnisgrünen eingebrachten Zeitziele für den Ausstieg sind arbeitsmarktpolitischer Wahnsinn mit der Folge der Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen. Sie sind zudem umweltpolitischer Unsinn, weil damit nach den Berechnungen des Wuppertaler Institutes für Klimaforschung ein Anstieg der CO₂-Belastung in Höhe von 40% verbunden wäre. Deutschland verabschiedet sich damit aus dem Kreis der globalen und europäischen Verantwortungsgemeinschaft der internationalen Konferenz von Rio, Berlin und Kyoto.

Fazit ist: An die Stelle rationaler Abwägung wirtschafts-, energie- und umweltpolitischer Argumente tritt eine geradezu blinde Irrationalität. Gerhard Schröder, der der Industrie immer eine verlässliche und dauerhafte Energiepolitik zugesagt hat, wird – wie schon 93, 95 und 97 – als Mann ohne Rückgrat vorgeführt.

100.000 offene Stellen in der Informationstechnologie

In der Informationstechnik-Branche gibt es derzeit in Deutschland mehr als 100.000 offene Stellen. In Westeuropa sind es nach jüngsten Umfragen sogar fast 370.000.

„Jeder sechste Arbeitsplatz bleibt zur Zeit leer“, sagte Bernhard Rohleder, Leiter des Marktforschungsprojekts der europäischen Informationstechnik- und Telekommunikationsbranche

EITO. Das Wachstum in diesen Zukunftsfeldern habe sich 1998 wieder beschleunigt.

Positive Entwicklung

Die Rekordzahl von 2.371 Ausstellern und beteiligten Unternehmen auf der Münchener Fachmesse Systems 98 spiegelt die positive Entwicklung wider: ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Angela Merkel: 40.000 Stellen in der Atomindustrie gefährdet

**Der rot-grüne Kompromiß zum Atom-
ausstieg wird nach Ansicht der
scheidenden Umweltministerin Angela
Merkel das künftige Regierungsbündnis
in viele Zerreißproben führen.**

Diese Vereinbarung ähnele mehr einem Formelkompromiß als einem richtigen Fahrplan zum Ausstieg aus der Atomenergie. Die Ausstiegsfristen seien nicht konkret festgeschrieben. Was mit möglicherweise nicht kündbaren Wiederaufbereitungsverträgen beispielsweise mit Frankreich geschehe, bleibe ebenso offen wie die Frage nach neuen Zwischenlagerkapazitäten bei einigen Kraftwerksstandorten.

Ausbruch der Konflikte im nächsten Jahr

Die eigentlichen Konflikte würden also erst im nächsten Jahr bei den Verhandlungen mit der Energiewirtschaft ausbrechen. Auch wenn sie nicht mit Schreckensszenarien arbeiten wolle – so die Umweltmini-

sterin –, stünden doch rund 40.000 Arbeitsplätze zur Debatte. Gerade darum rate sie der Atomwirtschaft, unvoreingenommen an die Energiekonsensgespräche heranzugehen, um zu klären, wie Stromerzeugung im internationalen Wettbewerb möglich sei.

Wer den Ausstieg wolle, müsse sich auf einen „sehr sehr allmählichen“ und langfristigen Übergang gefaßt machen, „alles andere ist wirtschaftlicher Schwachsinn“, betonte Merkel.

Forschung und Entwicklung bleiben auf der Strecke

In Deutschland sichere Anlagen stillzulegen und auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen zu sein, halte sie für „absurd“. Sorge bereite ihr auch, daß Forschung und Entwicklung in diesem Bereich bei fehlender moralischer Unterstützung dieser Technologie auf der Strecke blieben.

Schallende Ohrfeige für Clement

**Zur Rücktrittsankündigung des
SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus
Matthiesen erklärte der Vorsitzende
der CDU-Landtagfraktion in Nord-
rhein-Westfalen, Helmut Linssen:**

Mit Matthiesen verläßt der profilierteste Vertreter der klassischen Arbeitnehmerschaft in der SPD die Politik. Matthiesen stand immer für Rot pur und gegen Rot-Grün. Offensichtlich sieht er jetzt für eine absolute Mehrheit der SPD in

NRW keine Zukunftschance mehr. Der Rückzug Matthiesens aus der Politik ist ein Tiefschlag für die SPD und gleichzeitig ein unübersehbares Signal, daß diese Partei als Anwalt von Facharbeitern und Angestellten ausgedient hat. Matthiesens Ausstieg aus der Landespolitik ist gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für den NRW-Ministerpräsidenten Clement, der Menschen nicht zusammenführen kann.

Der rot-grüne Steuerpoker hat einen Verlierer: Deutschland

Die in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen getroffenen Regelungen für die kommende Legislaturperiode sehen im Bereich der Steuerpolitik zum einen eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer und zum anderen eine ökologische Steuer- und Abgabenreform vor. Beide Reformvorhaben sollen stufenweise umgesetzt werden.

Die angekündigte „Große Steuerreform“ – und hier sind sich die Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft einig – ist eine Katastrophe für den Standort Deutschland. Die dort geplanten Änderungen tragen zur Lösung unserer Probleme nichts bei, sie werden sie sogar noch vergrößern. Niedriger, einfacher, gerechter – Fehlanzeige bei Rot-Grün. Das geplante „Reförmchen“ ist allein getragen vom Gedanken der Umverteilung. Auch die Vorgehensweise scheint weniger von Einsicht in die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten geprägt, sondern von dem machtpolitischen Kalkül getragen zu sein, bereits heute für das Wahljahr 2002 Wahlgeschenke vorzusehen.

Die rot-grünen Entlastungspläne sehen im wesentlichen eine Anhebung des Kindergeldes vor, zunächst um 30 DM für erste und zweite Kinder ab dem 1. Januar 1999 und im Wahljahr 2002 eine nochmalige Erhöhung um 10 DM. Gleichzeitig sieht die Koalitionsvereinbarung nur geringe Absenkungen bei den Steuersätzen vor:

- Absenkung des Eingangsteuersatzes in drei Stufen von derzeit 25,9 vH auf 19,9 vH in 2002.
- Bereits heute ist im Einkommensteuergesetz die Anhebung des Grundfreibetrags

zum 1. Januar 1999 auf 13.067 DM verankert. Die SPD reklamiert dies nunmehr für sich.

- Weitere Anhebung des Grundfreibetrags im Jahr 2000 auf 13.500 DM und ab 2002 auf 14.000 DM.
- Reduktion des Einkommensteuerspitzenatzes in drei Stufen von z. Zt. 53 vH auf 48,5 vH in 2002.
- Senkung des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte in zwei Stufen von 47 vH auf 43 vH in 2000.
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 45 vH auf 40 vH.

**Von Hans-Peter Repnik,
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

Bis auf eine Nettoentlastung in Höhe von 10 Mrd. DM, die im Jahr 2002 quasi als Wahlgeschenk wirksam werden soll, sehen die Pläne der zukünftigen Koalitionäre eine vollständige Gegenfinanzierung ihrer Reformstufen nach dem Motto „Aus der rechten Tasche in die linke Tasche“ vor. Damit setzen SPD und Grüne auf Umverteilung und nicht auf Wirtschaftswachstum.

Die Gegenfinanzierung erfolgt zu rd. 75 vH im Unternehmenssektor. Resultat: Unternehmen, und hier vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen, werden zukünftig deutlich mehr Steuern als heute zu zahlen haben. Erste überschlägige Berechnungen haben ergeben, daß Rot-Grün

hier nach Abzug der Entlastungen durch Steuersatzsenkungen jährliche Mehrbelastungen von über 16 Mrd. DM plant. Gemäß Berechnungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sind Mehrbelastungen in Einzelfällen von 50.000 bis 60.000 DM pro Jahr durchaus möglich. Gerade mittelständische Unternehmen, also z.B. Freiberufler oder Handwerker, werden deutlich stärker zur Kasse gebeten.

Eine Signalwirkung auf Wirtschaft und Bürger wird von dieser Steuerreform nicht ausgehen können. Die schrittweise geplanten Steuersatzsenkungen bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um die im internationalen Vergleich zu hohen und leistungsfeindlichen Steuersätze durchgreifend zu senken und Leistungs- und Investitionsanreize zu setzen. Die Höhe der geplanten Nettoentlastung ist mit nur 10 Mrd. DM viel zu gering und kommt im Jahr 2002 viel zu spät, um den derzeit festzustellenden Aufschwung zu beflügeln.

Nur eine Minimalreform

Vergleicht man die rot-grüne Steuerreform mit der, die wir im Deutschen Bundestag im Juni 1997 verabschiedet haben, dann zeigt sich, daß erstere sicherlich zu Recht als Minimalreform bezeichnet wird. Die Absenkung der Steuersätze bleibt ebenso Stückwerk wie die einseitigen Maßnahmen zur Reduktion steuerlicher Sondertatbestände und Vergünstigungen. Übrig bleibt eine weitere Komplizierung unseres Steuerrechts.

Das im Bundesrat an der SPD gescheiterte Steuerreformgesetz 1999 sah dagegen eine Absenkung des Eingangsteuersatzes auf 15 vH, eine Reduktion des Einkommenssteuersatzes auf 39 vH und des Steuersatzes für Unternehmensgewinne von 35 vH vor. Diese mutigen Reform-

Nicht verdient

„Die Deutschen haben zwar diese Koalition gewählt, aber diese Politik nicht verdient.“

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, zur Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

schritte wurden seinerzeit von Wissenschaft und Praxis auch einhellig gelobt. Wenn die wissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem kürzlich veröffentlichten Herbstgutachten ebenfalls eine „mutige Steuerreform“ fordern und gleichzeitig bemängeln, daß der rot-grüne Steuerreformplan „hinsichtlich des Umfangs der Tarifsenkung und der Brutto- und Nettoentlastung aber deutlich hinter dem zurück(bleibt), was aus der Sicht der Industrie nötig wäre“, dann ist dies ein vernichtendes Urteil.

SPD und Grüne rechtfertigen ihr Steuerreformkonzept mit Nachfrageimpulsen, die eine Entlastung im unteren Einkommensbereich mit sich bringe. Ob die Nachfrage jedoch steigt, ist überaus fraglich. Wie die Erfahrung dieser Legislaturperiode zeigt: Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 ist es ab dem 1. Januar 1996 zu einer Nettoentlastung überwiegend der unteren Einkommen und Familien in einem Volumen von rd. 20 Mrd. DM gekommen. Rechnet man den Wegfall des Kohlepennings hinzu, waren es sogar knapp 27 Mrd. DM. Eine Untersuchung, die zeigt, daß es hierdurch zu wesentlichen Impulsen für Wirtschaft und Wachstum gekommen wäre, gibt es nicht. Angesichts der Tatsache, daß die rot-grüne Reform wesentlich kleiner dimensioniert ist, dürften hiervon erst recht keine positiven Effekte zu erwarten sein.

Durch diese Reform werden weder neue Arbeitsplätze geschaffen, noch die Arbeitslosigkeit abgebaut. Mit Mehrbelastungen im Unternehmenssektor schafft man keine Investitionsanreize. Man erhöht allenfalls den Anreiz der Unternehmen, ihre Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze ins benachbarte Ausland zu verlagern. Verlierer der Reform werden Arbeitslose sein und die, die durch die wachstums- und leistungsfeindliche Reform zusätzlich arbeitslos werden. Die geplante Steuerreform verfehlt ihr wesentliches wirtschaftspolitisches Ziel – die Schaffung von Arbeitsplätzen – und ist deshalb auch sozialpolitisch verfehlt.

Erhöhung in drei Stufen

Die „ökologische Steuer- und Abgabenreform“, auf die sich Rot-Grün in ihrer Koalitionsvereinbarung geeinigt haben, ist ebenfalls nicht der richtige Weg. Im nationalen Alleingang sollen in drei Stufen die Mineralölsteuer auf Kraftstoffe, Heizöl, Erdgas und eine neu einzuführende Stromsteuer sukzessive erhöht werden. Nur die Mehrbelastungen, die in der ersten Stufe ab 1. Januar 1999 auf Bürger und Wirtschaft zukommen, sind heute schon bekannt:

- Anhebung der Mineralölsteuer auf Kraftstoff und Diesel um 6 Pfennig je Liter,
- Anhebung der Mineralölsteuer auf Heizöl um 4 Pfennig je Liter und um 0,32 Pfennig je kWh Erdgas,
- Einführung einer Stromsteuer in Höhe von 2 Pfennig je kWh.

Diese Mehrbelastungen addieren sich für 1999 auf rd. 12 Mrd. DM. Zwei weitere Steuererhöhungsrunden sollen Mitte 1999 bekanntgegeben werden, die zu Mehrbelastungen von weiteren 24 Mrd. DM pro Jahr führen werden. Lediglich energiein-

tensiv produzierende Unternehmen sollen von der Abgabenerhöhung ausgenommen werden.

Dieses Steuer Mehraufkommen soll den Bürgern und der Wirtschaft durch eine Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge wieder zurückgegeben werden. Das, was sich auf den ersten Blick so vernünftig anhört, birgt einige gravierende Probleme:

Erstens

ist die geplante, ökosteuerverfinanzierte Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge lediglich eine Umfinanzierungsaktion. Dies mag allenfalls als unterstützende Maßnahme zu möglichen grundsätzlichen Strukturreformen im Sozialversicherungsbereich, die zu Einsparungen führen, vernünftig sein. Als alleinige Maßnahme reicht es angesichts der strukturellen Probleme, die es in diesem Bereich zu bewältigen gilt, nicht aus. Stattdessen planen Rot-Grün weitere Leistungsverbesserungen in den Sozialsystemen, so als ob Deutschland nach wie vor aus dem Vollen schöpfen könne und es weder eine demographische Entwicklung mit erheblichen Zusatzbelastungen gäbe noch die Notwendigkeit für deutsche Unternehmen und Arbeitsplätze, sich im globalisierten Welthandel zu behaupten. Dies gibt Anlaß zur Sorge, daß Rot-Grün die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft überfordern und Probleme nur in die Zukunft verlagern.

Zweitens

gibt es sozialpolitische Bedenken: Rot-Grün nehmen in Kauf, daß Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Rentner oder Studenten, die keine Sozialversicherungsabgaben zahlen, von der Erhöhung der Energiesteuern belastet werden, ohne daß sie gleichzeitig von der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge profitieren

können. Angesichts des sozialen Anspruchs, mit dem Rot-Grün bei der Wahl angetreten sind, ist diese Haltung verwerflich. Die jährlichen Mehrbelastungen erreichen in Abhängigkeit von den Verbrauchsgewohnheiten schnell Beträge von mehreren hundert D-Mark im Jahr, was für Bezieher niedriger Einkommen durchaus von hoher Relevanz ist. Auch für Bezieher niedriger Einkommen wird die geplante Ökosteuerreform ein Verlustgeschäft werden, da sie stärker be- als entlastet werden.

Drittens ist derzeit lediglich der erste Reformschritt zahlenmäßig bekannt. Die weitere Verteuerung der Energie wird nebulös angekündigt. Planungssicherheit bei Bürgern und Unternehmen ist damit nicht gegeben. Angesichts des in 1998 einsetzenden deutlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit ist eine solche Politik verantwortungslos. Die Unternehmen werden nun-

mehr so lange keine Investitionen tätigen, bis sie Klarheit über die politischen Absichten von Rot-Grün haben werden. Konkret bedeutet dies: keine neuen Arbeitsplätze. Da die Unternehmen Investitionen kontinuierlich planen, dürften ausländische Produktionsstandorte an Attraktivität gewinnen.

Bärendienste für die Umwelt

Damit wird einerseits der Umwelt ein Bärendienst erwiesen, wenn die Umweltstandards im Ausland niedriger sind. Dies gilt z.T. in anderen EU-Mitgliedstaaten und vor allem in den osteuropäischen Ländern. Andererseits ist eine solche Politik angesichts der bislang zwar sinkenden, jedoch nach wie vor zu hohen Arbeitslosenzahlen auch wirtschaftspolitisch verfehlt. Damit ist Deutschland der Verlierer des rot-grünen Steuerpokers.

Der Mittelstand braucht die 620-DM-Jobs

Zu den geplanten Veränderungen bei den 620-Mark-Jobs erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der MIT, Ernst Hinskern:

Den Auftakt des Mittelstandsvernichtungsprogramms der rot-grünen Bundesregierung bildete eine Steuerreform, die dem Mittelstand durch einen Berg zusätzlicher Belastungen den Hals zuschnürt und damit keinen Spielraum mehr für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen läßt.

Die vorgesehene Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigung in die Sozialversicherungspflicht ohne Rücksichtnahme auf kleine Betriebe ist ein weiterer Schlag ins Gesicht des Mittelstandes. Beispielsweise das mit-

telständige Gastgewerbe ist auf diese Arbeitsverhältnisse zur Bewältigung von Spitzen in der Saison angewiesen.

Folge: Abwanderung

Weiterhin übersehen SPD und Grüne, daß eine Einbeziehung fast aller geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht eine solche Verteuerung der 620-DM-Jobs zur Folge hätte, daß diese zumindest in großer Zahl ganz vom Arbeitsmarkt in die Schattenwirtschaft abwandern.

Somit erweist sich Schröders Politik für den Mittelstand als ein Programm gegen den Mittelstand und seine Arbeitnehmer.

Institute testieren der alten Regierung eine gute Abschlußbilanz

Zum Herbstgutachten 1998 der großen 6 Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Nach dem Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wächst die Wirtschaft in Deutschland 1998 mit 2,7 Prozent trotz der internationalen Finanzkrisen stärker als bisher vorausgesagt. Bessere Absatz- und Gewinnaussichten im Inland und niedrige Kapitalmarktzinsen haben zu einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitio-

Aktenkundig gemacht

nen um fast 10 Prozent im 1. Halbjahr 1998 geführt. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe übertrifft den langjährigen Durchschnitt deutlich. Damit ist nach Auffassung der Institute die Investitionsschwäche nach dem Boom durch die Wiedervereinigung überwunden.

Auch die Zahl der Arbeitslosen geht deutlicher zurück als bisher erwartet, seit der Jahreswende bis zum Herbst 1998 um saisonbereinigt rund 325.000. Die Preissteigerungsrate liegt mit deutlich unter 1 Prozent 1998 auf Rekordtief und ist ein wesentlicher Stabilitätsfaktor in Deutschland. Der Überschuß in der Handelsbilanz steigt 1998 kräftig auf 150 Mrd. DM, die Leistungsbilanz wird erstmals seit 1990 wieder mit einem Überschuß von 9 Mrd. DM abschließen. Das Budgetdefizit des Staates wird deutlich verringert. Die Defizitquote (sog. Maasricht-Abgrenzung) liegt 1998 mit 2,2 Prozent und 1999 mit 1,6 Prozent deutlich unter der im Stabilitäts- und Wachs-

tumspakt festgelegte Obergrenze von 3 Prozent. Das Testat der Wirtschaftsforscher ist eindeutig: Deutschland ist in einer sehr stabilen wirtschaftlichen Verfassung, und die Perspektiven für die Zukunft sind im Herbst 1998 als sehr gut zu bezeichnen.

Die gute Schlußbilanz der alten Bundesregierung ist gleichzeitig die Eröffnungsbilanz der neuen rot-grünen Regierung. Mit dem guten Erbe einer sich im Aufschwung befindenden Wirtschaft sollte Rot-Grün daher verantwortungsvoll umgehen. Für die Unternehmen muß es sich auch in Zukunft lohnen, am Standort Deutschland zu investieren und zu produzieren, denn sonst wird der Aufschwung bald vorbei sein. Hierfür brauchen die Unternehmen aber insbesondere eine vernünftige Steuerpolitik, die ihre Belange berücksichtigt und keine Micky-Mouse-Reform, die zum großen Teil nur aus einer Kindergelderhöhung besteht.

So entstehen keine neuen Arbeitsplätze

Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

„Man könnte sagen, das ist mein Aufschwung“, so tönte Kanzlerkandidat Schröder, als die Forschungsinstitute im Sommer dieses Jahres ihre Wachstumsprognosen nach oben schraubten. Jetzt nehmen die Institute ihre Erwartungen für das nächste Jahr auf 2,3 Prozent Wirtschaftswachstum zurück. Konsequenterweise müßte der designierte Kanzler diese

Rot-Grün will Landwirtschaft zu Tode besteuern

Zum Beschluß von SPD und Grünen, steuerliche Sonderregelungen für die Landwirtschaft ersatzlos zu streichen, erklärte der agrarpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Albert Deß:

Die rot-grüne Landwirtschaftspolitik wird schlimmer als alles, was die deutschen Bauern bisher befürchtet haben.

Katastrophal sind die Beschlüsse der neuen Koalition zum landwirtschaftlichen Steuerrecht: Die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen soll ebenso wie die Vorsteuerpauschale ersatzlos abgeschafft werden. Auch kleine und mittlere Betriebe werden jetzt buchführungspflichtig. Auf sie kommen damit nicht nur eine höhere Steuerbelastung, sondern auch Steuerberatungs- und Buchführungskosten in

Höhe von mehreren tausend Mark im Jahr zu. Auch SPD und Grüne sollten wissen, daß bäuerliche Familienbetriebe angesichts der nach wie vor problematischen Ertragssituation dieses Geld nicht haben.

Außerdem sieht das Steuerkonzept von Rot-Grün vor, daß Landwirte künftig gewerbesteuerpflichtig werden. Ferner wollen SPD und Grüne die bisher geltende Steuerermäßigung bei der Aufgabe oder Veräußerung eines landwirtschaftlichen Betriebs abschaffen. Altersarmut auf dem Land ist die Folge.

Deutlicher als mit diesen Steuerplänen könnte es die neue Koalition nicht sagen, daß sie die bäuerliche Landwirtschaft für einen „ökologischen Störfall“ hält, der schleunigst beseitigt werden soll.

Abschwächung der Konjunkturerwartung auch auf seine Kappe nehmen.

In der Tat ist es nach allgemeiner Ansicht der Institute im Interesse von Wachstum und Beschäftigung dringend erforderlich, das deutsche Steuersystem grundlegend zu reformieren. Die bisherige Regierungskoalition hatte dazu mit den Petersberger Beschlüssen ein Konzept vorgelegt, das von allen Wirtschafts- und Finanzexperten begrüßt worden war.

Wenn das heute vorgelegte Herbstgutachten beklagt, hier sei „in den vergangenen Jahren viel Zeit vertan worden“, liegt die Verantwortung dafür bei Oskar Lafontaine und seinem Kanzler Gerhard Schröder. Sie haben diese Steuerreform blockiert, weil sie kurz vor der Bundestagswahl eine Entlastung von Bürgern und Betrieben durch die CDU/CSU/FDP-Regierung verhindern wollten.

Parteitaktisch ist diese Rechnung aufgegangen: Rot-Grün regiert.

In der Sache ist und bleibt die Politik der SPD falsch. Deutschland braucht eine mutige Steuerreform, die netto eine nennenswerte Entlastung der Steuerzahler mit sich bringt. Der Steuerreformplan der künftigen Bundesregierung bleibt aber deutlich hinter dem zurück, was notwendig wäre, so ausdrücklich die Forschungsinstitute.

Und zu allem Überfluß: Die Zeche zahlt der Mittelstand. Die Institute gehen davon aus, daß die Gegenfinanzierung durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu zehn Prozent die privaten Haushalte, aber zu 90 Prozent die Unternehmen trifft. So schafft man keine Investitionsanreize, so entstehen keine neuen Arbeitsplätze.

Rot-grüne Rentenpläne führen zu Doppelbelastung bei den Arbeitnehmern

Zu den sozialpolitischen Beschlüssen von Rot-Grün erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

In der Sozialpolitik macht sich Rot-Grün daran, mit fröhlicher Miene ungedeckte Schecks für alles Mögliche auszustellen. Die Gefahren sind offensichtlich: Das soziale Netz kann durch Überlastung zerrissen und unser Geld durch zu hohe Schulden wertlos werden.

Die jetzt für die Rentenversicherung geplanten Maßnahmen sind bereits in der Vergangenheit von Experten gründlich erörtert und verworfen worden. Wer heute der längeren Lebenserwartung der Menschen und damit der längeren Rentenbezugsdauer mit einem Kapitalstock begegnen will, belastet die arbeitende Generation doppelt. Sie muß mit Beiträgen die Renten finanzieren und zusätzlich

Einkommenseinbußen zur Einrichtung des Kapitalstocks hinnehmen. Hinzu kommt, daß die Veränderung im Bevölkerungsaufbau mit einem stetig wachsenden Anteil älterer Menschen für viele Jahrzehnte feststeht.

Deswegen brauchen wir ein Alterssicherungssystem, das auf diese demographischen Veränderungen eine Antwort hat. Mit einem Kapitalstock könnte man einen Rentengipfel untertunneln, nicht jedoch das für Jahrzehnte zu erwartende Hochplateau.

Wahrscheinlich wird die mit großem Brimborium angekündigte rot-grüne Rentenkommission zu dem gleichen Ergebnis kommen – nur unter beträchtlichem Zeitverlust.

Die rot-grüne Politik der Reformrücknahme bedeutet ein hohes Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Gegen Fixerstuben in deutschen Städten

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, erklärte anlässlich der Koalitionsabsichten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Innenpolitik:

In der Drogenpolitik haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf geeinigt, daß Modellversuche für die Abgabe von Methadon und Heroin an Schwerstabhängige in einzelnen Städten ausgebaut werden sollen. Sogenannte „Fixerstuben“ sollen durch eine Änderung des Betäu-

bungsmittelgesetzes Rechtssicherheit erhalten.

Dies ist ein Schritt in die falsche Richtung, denn Rauschgift macht Menschen abhängig und tötet sie – egal, ob hygienisch sauber oder nicht. Wer von Fixerstuben die Lösung in Suchtproblemen erwartet, irrt gewaltig. Fixerstuben lösen nicht Probleme, sondern sie verlagern sie nur. Fixerstuben dienen als Anziehungspunkt für Drogenabhängige und erleichtern ihnen noch die Sucht. Der Schritt zur Therapie wird dadurch erschwert.

Höhere Neuverschuldung ist ein gefährlicher Irrweg von Rot-Grün

Die CDU/CSU-Haushaltspolitiker Adolf Roth und Dietrich Austermann erklärten zu Meldungen, daß der designierte Finanzminister Lafontaine die Neuverschuldung des Bundes 1999 ausweiten will:

Den bekanntgewordenen Plänen des designierten Finanzministers Lafontaine zur verfassungswidrigen Ausweitung der Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 1999 ist entschieden zu widersprechen. Bei robuster Verfassung der deutschen Wirtschaft, ausgeglichener Leistungsbilanz, verbesserter Arbeitsmarktlage und absoluter Geldwertstabilität ist es abwegig, von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu reden.

Die von Rot-Grün beschworenen Haushaltsrisiken 1999 sind eine Folge der laufenden Koalitionsverhandlungen. Alle bisherigen Entscheidungen und namentlich die Rücknahme der zukunftsorientierten Reformen der Kohl-Regierung lassen die soliden Eckdaten der Haushaltsplanung 1999 wegbrechen.

Der Vollzug des Bundeshaushalts 1998 liegt voll im Plan und führt entgegen den Behauptungen von Rot-Grün zu keiner Erhöhung der Nettokreditaufnahme. So werden die veranschlagten Arbeitsmarktausgaben deutlich unter den Haushaltsansätzen liegen, und auch bei den Steuern sind 1998 überplanmäßige Mehreinnahmen zu erwarten. Die versuchte Bilanzfälschung der neuen Koalitionäre ist damit sachlich vollständig widerlegt.

Auch der 99er Haushalt der scheidenden Bundesregierung ist sauber gerechnet und enthält keine Veranschlagungslücken. Im Gegenteil wird die Verschie-

bung der Postbank-Privatisierung von 3 Mrd DM auf das Jahr 1999 ein Finanzpolster schaffen.

Bemerkenswert ist, daß die Regierung Schröder schon im ersten Amtsjahr steigende Arbeitsmarktzahlen erwartet, was im krassen Gegensatz zu ihren Wahlkampfversprechungen steht.

Mit höherer Neuverschuldung vollzieht Lafontaine eine gefährliche Abkehr von der stabilitätsorientierten Haushaltspolitik und kapituliert bereits in der Startphase der neuen Koalition vor den Anforderungen einer dem Gemeinwohl verpflichteten Finanzpolitik.

Kein Mut zum Sparen

Zu den Plänen Lafontaines die Art. 115-GG-Grenze zur Finanzierung des Haushaltes 1999 zu überschreiten, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Bartholomäus Kalb:

Es wird immer deutlicher, dem zukünftigen Finanzminister Lafontaine fehlt der Mut zum Sparen. Er möchte mehr Geld verteilen, als zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist. Neue Schulden sollen her, um die kostspieligen Wahlversprechen zu finanzieren. Allen interessierten Beobachtern – auch Herrn Lafontaine – ist seit langem bekannt, daß die Haushaltslage des Bundes nicht einfach ist. Schließlich hat die bisherige Bundesregierung nicht aus Lust an der Wählerverärgerung eine sparsame Haushaltspolitik betrieben, sondern um den wirtschaftlichen und gesamtstaatlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Verfassungsrechtlich fragwürdig, integrationspolitisch falsch

Zur rot-grünen Verständigung auf ein neues Staatsangehörigkeitsrecht erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:

Die rot-grüne Verständigung führt zu einem ebenso revolutionären wie verhängnisvollen Umbau bzw. Umbruch des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Bewährte Grundzüge des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts wie das Abstammungsprinzip und das Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit werden ausgehöhlt und aufgegeben. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht wird nicht systemkonform fortgeschrieben, sondern in seinem Grundcharakter völlig umgekrempelt. Verfassungsrechtlich abgesicherte Grundprinzipien des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts (Abstammungsprinzip, Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit) werden einfach über Bord geworfen. Eine derart radikale Umstrukturierung des Staatsangehörigkeitsrechts greift an die Grundlagen der Identität des deutschen Staatsvolkes. Ein solcher „Husarenstreich“ läßt sich nicht durch einfache Parlamentsmehrheit legitimieren.

Im Ergebnis gibt es jetzt die Einbürgerung zum Nulltarif. Die Einbürgerung wird von der Integration in die hiesigen Lebensverhältnisse abgelöst. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit wird künftig nicht länger an Voraussetzungen gebunden, die ein hinreichendes Maß an bereits vollzogener Integration des Bewerbers gewährleisten. Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit, an dem Deutschland bisher immer festgehalten hat und an dem die Union auch zukünftig festhalten wird (und der auch in vielen

und wichtigen europäischen Staaten Standard ist), hat nicht nur eine wichtige ordnungspolitische, sondern auch eine spezifisch integrationspolitische Funktion. Wer sich einbürgern lassen will, muß sich definitiv und ausschließlich für die Bundesrepublik Deutschland entscheiden.

Eine wirksame Integrationspolitik steht und fällt mit der Bereitschaft des Ausländers, der auf Dauer bei uns bleiben will, sich voll mit Deutschland, d. h. unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung, zu identifizieren. Aus diesem Grunde muß der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit den Abschluß der Integration bilden. Die Zulassung von Mehrstaatigkeit konterkariert eine wirksame Integrationspolitik. Die zusätzliche Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit fördert nicht Integration, sondern hemmt sie, weil sie die eindeutige Hinwendung zur Bundesrepublik Deutschland erschwert bzw. gar nicht erst verlangt.

Keinerlei Gewähr

Integrationspolitisch zweifelhaft ist auch die Absage an das Abstammungsprinzip und die Einführung des Regel-Geburtserwerbs für in Deutschland geborene Ausländerkinder. Auch eine solche rein formale Anknüpfung an die hiesige Geburt bietet keinerlei Gewähr für eine wirksame Integration (zumal die Staatsangehörigkeit auch gegen den Willen der Eltern erworben werden kann bzw. werden muß; es soll ja kein Ausschlagsrecht geben). Zumindest muß gefordert werden, daß jedenfalls im Zeitpunkt der Volljährigkeit eine definitive Entscheidung für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit erfolgt. Eine solche Optionspflicht ist

Kein geeignetes Mittel zur Integration

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, erklärte zu den Koalitionsgesprächen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Innenpolitik:

Die Einführung der generellen doppelten Staatsangehörigkeit fördert nicht die Integration, sondern schafft weitere Probleme. Die SPD und die Grünen verkennen, daß Integration nicht durch die Vergabe eines Passes stattfindet, sondern durch den Willen der hier lebenden Ausländer, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern und unsere gesellschaftlichen und rechtsstaatlichen Werte anzuerkennen. Integration läßt sich nicht gesetzlich anordnen. Mehrstaatlichkeit bringt Loyalitätskonflikte mit sich und behindert die Integration. Im einzelnen:

- Ein Einbürgerungsanspruch bereits nach 8 Jahren Aufenthalt zu gewährleisten, ist falsch.

- Besonders kritisiert werden muß, daß nicht verlangt wird, die deutsche Sprache hinreichend zu beherrschen: Dies ist doch die wichtigste Voraussetzung jeder Integration.

- Wieso darüber hinaus z. B. für ein Kind einer Ausländerin, die mit knapp 14 Jahren nach Deutschland einreist und mit 18 Jahren dieses Kind bekommt, die Integration gewährleistet ist, müssen SPD und Grüne beweisen.

- Auch der Umstand, daß bei dauerhafter Rückkehr z. B. von Türken in die Türkei (2 Mio. bisher) die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten bleibt, kann nicht akzeptiert werden.

- Daß letztlich die Vermittlung deutscher Staatsbürgerschaft auch gegen den Willen ausländischer Eltern erfolgt, ist mehr als integrationsfeindlich.

Die sogenannte Reform ist nicht durchdacht, sie führt nicht zur Integration, sondern vermehrt die Probleme.

auch und gerade integrationspolitisch unverzichtbar.

Mit der generellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit wird die Staatsangehörigkeit als eine grundsätzlich durch Ausschließlichkeit und Dauer gekennzeichnete gegenseitige Pflichtenbeziehung zwischen Staatsbürger und Staat aufgehoben. Im Ergebnis bedeutet dies eine sowohl verfassungsrechtlich wie auch politisch äußerst problematische Privilegierung von hier lebenden ausländischen Einbürgerungsbewerbern im Verhältnis zu ihren deutschen Mitbürgern. Die deutschen Bürger müssen sich fragen, warum ihnen nur ein Paß zusteht, während die Ausländer,

die sich jetzt einbürgern lassen bzw. die hier geboren sind, in den Genuß von (mindestens) zwei Pässen kommen können. Eine solche einseitige Privilegierung trägt nicht zur politisch unverzichtbaren Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur staatsrechtlichen Integration hier lebender Ausländer bei, sondern sorgt eher für zusätzliche Irritationen und Verwerfungen.

Das jetzt vereinbarte neue Staatsangehörigkeitsrecht verwandelt auch den Gesamtcharakter der Bundesrepublik Deutschland. Es sorgt dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland künftig zu einem faktisch unbeschränkten Einwanderungsland wird. ■

„Wahlkampf als Verheißung“

„Es gibt keine neuen Sachverhalte. Die Rot-Grünen entwerfen eine Scheinwirklichkeit und inszenieren Realität, um darin ihre Wahlversprechen möglichst unauffällig verschwinden zu lassen“, kommentierte Wolfgang Schäuble die überraschende Entdeckung von riesigen Haushaltslöchern im Bundesetat 1999, dessen Zahlen noch Anfang September ausführlich diskutiert worden sind, ohne daß von derartigen Risiken die Rede war.

Aus Zusagen sind ganz schnell Absagen geworden. Aber die Art und Weise, mit Tatsachen und Sachverhalten umzugehen, wird beibehalten.

● „Von Anfang an“ – schrieb Renate Köcher (Allensbach) im Juli – „wurde die Wahlkampfführung der SPD selber als Ereignis inszeniert.“

● Sogar „auf ihrem Wahlparteitag hat die SPD auf programmatische Profilierung und Diskussionen weitgehend verzichtet“.

Und weiter heißt es in dem FAZ-Beitrag der Allensbach-Chefin zum SPD-Wahlkampf:

„Dieser Wahlkampf ist wie noch kein Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik auf Medienwirkung ausgerichtet. Gleichzeitig ist es ein Wahlkampf, der erkennbar auf die Entwicklung der Gesellschaft zu Oberflächlichkeit setzt, auf eine Gesellschaft, in der Effekte wichtiger scheinen als inhaltliche Diskussionen über politische Ziele und den künftigen Weg der Republik. Nur 36 Prozent der Bevölkerung glauben, daß sich die Wähler in erster Linie von Inhalten beeinflussen lassen. Darauf setzt dieser Wahlkampf; die eingeforderte Auseinandersetzung über Ziele und Positionen hat in dieser Art des Wahlkampfes paradoxerweise keinen

Platz. Es ist kein Diskussionswahlkampf, sondern ein Wahlkampf der Verheißung.

Verheißung ist das Programm, das die Rücknahme aller unpopulären Reformen verspricht, von der Rücknahme der Senkung des Rentenniveaus über die Rücknahme von Reformen im Gesundheitswesen bis hin zum Rückgängigmachen der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Verringerung des Kündigungsschutzes in kleineren Betrieben. Darüber hinaus wird ein höheres Kindergeld angekündigt, eine Grundförderung

Aktenkundig gemacht

für alle Studenten, eine Erhöhung des Schlechtwettergeldes. Die Verheißungen gehen teilweise weit über das Feld der Politik hinaus; so heißt es in dem Wahlprogramm der SPD unter anderem:

Wir wollen, daß in Deutschland auch in Zukunft die besten Autos der Welt produziert werden. Wir wollen, daß hier auch künftig die wirksamsten Medikamente und die intelligentesten Maschinen hergestellt werden. In Zukunft sollen in Deutschland auch die besten Mikro-Prozessoren und die leistungsfähigsten Solarzellen gebaut werden . . .

Härten für die Bürger werden in den programmatischen Aussagen auf ein Minimum beschränkt und nur Gruppen zuge-dacht, die der Zahl nach Minderheiten sind, wie Selbständige und freiberuflich Tätige, denen eine Ausbildungsplatzabgabe, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Eingliederung in die Rentenversicherungspflicht angekündigt werden – durchweg bei der Masse der Bevölkerung populäre Forderungen. Gleichzeitig versucht der Spitzenkandidat, die Befürchtungen der betroffenen Gruppen rhetorisch abzufedern.“

Die SPD mißbraucht das Bundesverteidigungsministerium als Abstellgleis

Zur Abschiebung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Scharping auf die Hardthöhe erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Mit bloßem Erstaunen nehme ich die Abschiebung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Scharping in eines der klassischen Ministerämter zur Kenntnis. Im In- und Ausland muß die Besetzung eines der anspruchsvollsten Ministerämter innerhalb der Bundesregierung mit einer Person, die sich zuvor mit „Händen und Füßen“ gegen dieses Amt gewehrt hat, auf großes Befremden stoßen.

Das unangemessene Vorgehen der SPD-Spitze stellt einen Affront gegen die Person Rudolf Scharpings und eine erhebliche Beschädigung des Amtes des Bundesverteidigungsministers dar. Darüber hinaus müssen sich die Soldaten

und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr wie eine „Dispositionsmasse“ vorkommen, da sie einen Minister erhalten, der in das Amt erst „hineingepüßelt“ werden mußte und dem von der Parteispitze das Rückgrat gebrochen wurde.

Die Bundeswehr soll weiter reduziert werden

Der unter der Ägide Gerhard Schröders zwischen Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping ausgehandelte faule Kompromiß zeigt, mit welcher tiefer Abneigung und Ignoranz die SPD der Bundeswehr gegenübersteht. Geradezu lächerlich ist die angebliche Zusage der rotgrünen Koalitionäre an Rudolf Scharping, der Verteidigungshaushalt solle nicht weiter gekürzt werden. Denn gerade Rudolf Scharping will doch die Bundeswehr auf unter 250.000 Soldaten reduzieren und zur Milizarmee verkümmern lassen.

Thierse hat sich für das Amt des Bundestagspräsidenten disqualifiziert

Es markiert den endgültigen Tabubruch der Sozialdemokraten im Verhältnis zu den radikalen Parteien, daß jetzt Wolfgang Thierse eine Lanze für die PDS bricht und sich für einen PDS-Bundestagsvizepräsidenten einsetzt.

Mit seinem Einsatz für die linksradikale PDS hat sich Thierse selbst für das Amt des Bundestagspräsidenten disqualifiziert.

Wäre die rechtsradikale DVU in den Bundestag eingezogen, hätten sich alle Parteien zu Recht rasch verständigt, die Geschäftsordnung zu verändern und dem deutschen Volk keinen rechtsradikalen Vizepräsidenten zuzumuten.

Generalsekretär Peter Hintze Es bleibt eine Zumutung, daß ein Kommunist in das Amt des Vizepräsidenten gehievt werden soll.

Wolfgang Schäuble:

Eine Entscheidung, die hoffentlich hilft, Blutvergießen zu verhindern

In der Debatte über die Teilnahme deutscher Soldaten an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovokonflikt am 16. Oktober führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, folgendes aus:

Die CDU/CSU-Fraktion stimmt dem Antrag der Bundesregierung zu. Ich stimme auch dem meisten zu, was in dieser Debatte bisher gesagt wurde – vom Bundesaußenminister, vom Bundesverteidigungsminister und von den anderen Kollegen, denen ich allen für die vorbereitende Arbeit in den Ausschüssen, die gestern getagt haben, danke. Herr Ministerpräsident Schröder, ich stimme auch dem meisten zu, was Sie gesagt haben. Es ist gut, daß diese schwierige und schwerwiegende Entscheidung von einer breiten Mehrheit in diesem Bundestag getragen wird.

Bei aller Hoffnung, daß die Entscheidungen der Bundesregierung und der NATO ihre Wirkung schon getan haben und daß es nicht zu einem Einsatz der Luftstreitkräfte kommen muß, möchte ich dennoch hinzufügen:

Es kann natürlich weiterhin dazu kommen. Deswegen möchte ich vor allen Dingen auch den Soldaten der Bundeswehr unseren Dank, unseren Respekt, unsere Unterstützung und unsere Solidarität für ihre Bereitschaft bekunden, Frieden und Menschenrechte in Europa zu verwirklichen und durchzusetzen.

Ich will in diesen Dank auch ausdrücklich die Soldaten einschließen, die seit Jahren in Bosnien einen wichtigen, gefährlichen und verantwortungsvollen Dienst in hervorragender und beispielgebender Weise tun. Herzlichen Dank.

Es ist auch richtig, daß wir die Entscheidung heute und im 13. Deutschen Bundestag treffen müssen. Ich füge hinzu, Herr Ministerpräsident Schröder: Die CDU/CSU-Fraktion stimmt dieser Entscheidung im 13. Deutschen Bundestag zu, und sie würde ihr genauso im 14. Deutschen Bundestag zustimmen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Deswegen glaube ich auch, daß es richtig und beispielgebend war – ich danke allen Beteiligten dafür –, daß auch in einer Zeit direkt nach einer Bundestagswahl, in der noch aus Verfassungsgründen und Gründen des Wahlrechts der bisherige Bundestag noch besteht und dessen Verantwortlichkeit gilt, bis der neugewählte Bundestag zusammentreten kann – so steht es im Grundgesetz und im Wahlgesetz; danach muß erst das Wahlergebnis und müssen die Abgeordnetennamen festgestellt werden; die Fristen müssen eingehalten werden – die bisherige Bundesregierung und der bisherige Bundestag ihre Verantwortung voll wahrnehmen. Gleichzeitig haben wir immer gesagt: Wir werden solche Entscheidungen, wie sie heute anstehen, nicht gegen den erklärten Willen derjenigen treffen, die nach dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 1998 im

künftigen Deutschen Bundestag die Mehrheit haben. Deswegen haben wir miteinander das so gut geschafft. Das finde ich auch richtig.

Ich möchte allerdings die Bemerkung hinzufügen, damit die Geschäftsgrundlage auch für die kommende Zusammenarbeit – wenn auch in unterschiedlichen Verantwortlichkeiten – klar ist, Herr Kollege Verheugen: Zu der Art, wie die Darstellung der Abläufe von Ihnen subtil verändert worden ist – so habe ich es gestern in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen –, möchte ich sagen: Das fangen wir gar nicht erst an.

Es war nicht die alte Bundesregierung, die etwa von sich aus vorbereitet hatte, daß man in dieser Woche dem NATO-Beschluß ohne Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland zustimmen sollte – so habe ich es gestern in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen und Sie, Herr Verheugen, waren der Informant –; vielmehr war es der Wunsch der künftigen Mehrheit von SPD und Grünen, daß die Bundesregierung so entscheiden möge. So ist es auch nach den Gesprächen in Washington verkündet worden. Das war das Ergebnis unserer gemeinsamen Besprechungen.

Wir haben am Montag zwar zuerst gesagt, daß es anders besser wäre, dann aber haben wir gesagt, daß wir es gemeinsam machen. Das Ergebnis dieser Gespräche jetzt im nachhinein anders darzustellen, das sollte man nicht tun.

Ich danke der Bundesregierung, dem Bundeskanzler, dem Außenminister und dem Verteidigungsminister für ihre klare und verlässliche Haltung.

Die CDU/CSU-Fraktion stimmt in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in einer anderen Funktion und in einer anderen Verantwortlichkeit der Entscheidung in dieser Sache zu. Aber sie

wird im kommenden Deutschen Bundestag bei gleicher Sachlage bei einer anderen parlamentarischen Aufgabenstellung genauso zustimmen.

Aber ich füge hinzu: Im kommenden Deutschen Bundestag werden wir schon darauf achten, daß die Regierung eine eigene Mehrheit auch in solchen Entscheidungen hat – damit auch daran kein Zweifel besteht.

Ich würde gern noch eine Bemerkung zu der schwierigen Frage machen, deren Beantwortung sich viele Kolleginnen und Kollegen nicht leichtgemacht haben und nicht leichtmachen können: Wie ist es eigentlich mit der Rechtsgrundlage? Vor ein paar Monaten haben Sie noch in ähnlichen Debatten gefragt: Wollen Sie notfalls auch ohne Mandat des Sicherheitsrats einschreiten? Wie ist die Abgrenzung?

Ich bin der Überzeugung – auch ich habe mir das nicht leicht gemacht; wir alle haben das, jeder für sich und miteinander, sorgfältig geprüft –: Die Entscheidung der Bundesregierung, der der Bundestag zustimmen soll und der die CDU/CSU-Fraktion zustimmen wird, steht verfassungsrechtlich und völkerrechtlich auf sicherer Grundlage. Ich möchte, daß daran überhaupt kein Zweifel besteht.

Ich glaube, daß die Debatte über das Gewaltmonopol – das wir uns wünschen; auch da gibt es keinen Dissens – im Bereich des Völkerrechts ein wenig kompliziert ist. Wir sollten uns da keinen Illusionen hingeben. Wir werden vielleicht in der Zukunft wieder andere schwierige Entscheidungen zu treffen haben.

Wir haben in einer Welt, in der die gegenseitigen Abhängigkeiten von Entwicklungen viel stärker geworden sind – Sie haben das Problem der Flüchtlingsströme angesprochen –, eben immer noch nicht und möglicherweise auch auf absehbare Zeit nicht eine Situation, die mit der im demokratischen Rechtsstaat vergleichbar

ist, daß nämlich tatsächlich ein Gewaltmonopol und Entscheidungsinstanzen bestehen, die verbindlich mit Mehrheit Entscheidungen treffen können, die von der Minderheit akzeptiert werden, die notfalls durch Gerichte auf die Einhaltung der Grenzen kontrolliert werden und die notfalls durchgesetzt werden können, weil der Vollzug solcher Entscheidungen möglich ist. Diese Situation haben wir im internationalen Bereich nicht. Wir werden auf absehbare Zeit nichts Vergleichbares haben.

Deswegen müssen wir uns in der Frage der rechtlichen Begründung von Entscheidungen, die im Interesse von Frieden und Menschenrechten auf dieser Welt, die unteilbar sind, im internationalen Bereich um eine sorgfältige Begründung bemühen und bei unseren Entscheidungen heute schon ein wenig daran denken, was morgen anstehen kann; daran muß man in der Begründung jeder Entscheidung denken.

Deswegen haben wir uns früh – dafür bin ich nicht zuletzt dem Bundesverteidigungsminister dankbar – gesagt: Natürlich ist ein klares Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen die beste Lösung – das war immer unstrittig –; es kann aber auch eine Situation eintreten, in der wir ohne rechtlichen Vorbehalt – es hat ja Vorbehaltserklärungen von zwei ständigen Mitgliedern gegeben – ein solches Mandat nach einer sorgfältigen Prüfung und Abwägung der Argumente zu erteilen, gezwungen sein werden. Wir sollten frühzeitig daran denken, daß wir in solche Entscheidungen kommen.

Ich spreche von dem Problem, daß wir im internationalen Bereich unter engen Voraussetzungen, die man sehr sorgfältig prüfen muß, auf den Einsatz von militärischen Mitteln nicht generell verzichten können, um den Frie-

den zu wahren und Menschenrechte durchzusetzen.

Das ist die Situation im internationalen Bereich, die sich von der Situation des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats leider noch – und wahrscheinlich noch für lange Zeit – unterscheidet. Zu dieser Situation möchte ich jetzt etwas sagen. Wir haben auf internationaler Ebene das Problem nicht. In einer sehr klugen Analyse von Sibylle Tönnies steht in diesen Tagen in einer großen deutschen Tageszeitung die Überschrift: „Wir lassen uns in Ruhe, auch beim Morden“. Es geht ja um die Frage: Können wir in die inneren Angelegenheiten, auch in die Rechtsfragen eingreifen? Da ist das Prinzip des Interventionsverbotes gegen die Verwirklichung von Menschenrechten abgewogen worden.

Weil man aber nicht zuletzt aus der Geschichte dieses Jahrhunderts weiß, daß das eine vom anderen ohne Störung des Friedens der internationalen Beziehungen insgesamt gar nicht abzugrenzen ist, müssen wir in den völkerrechtlichen Fragen bereit sein, den Frieden und die fundamentalen Menschenrechte zu sichern, durch Integration, durch Regionalisierung, notfalls auch unter Androhung militärischer Gewalt.

Androhung macht nur dann Sinn, wenn man im Zweifel auch bereit ist, sie auch einzusetzen, sonst wird die Drohung leer. Deswegen muß man sich bei jeder Entscheidung über alle Konsequenzen klar sein. Man soll nicht androhen, was man hinterher nicht einhalten kann. Das ist die eigentliche Frage.

Das geht nur unter engen Voraussetzungen. Darüber haben wir oft gestritten. Wir werden es nur durch Integration schaffen, niemals allein – durch europäische Einigung, Atlantisches Bündnis, Berechenbarkeit, Verlässlichkeit der Bundesrepublik

Abschiedsbesuch Kohls in Polen Ehrung mit höchstem Orden

Eine Woche vor seinem Ausscheiden aus dem Amt ist Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen mit dem höchstem Orden des Landes ausgezeichnet worden.

„Wir danken Ihnen für ihre Unterstützung bei der Erweiterung der Nato und der Europäischen Union um Polen“, sagte der polnische Staatspräsident Kwasniewski nach der Verleihung des „Weißen Adlers“ an den Kanzler.

Helmut Kohl ist der erste Deutsche, der in der Nachkriegszeit mit dieser Auszeichnung geehrt wurde. Die Visite in Warschau war Kohls letzte Auslandsreise im Amt des Bundeskanzlers.

In seiner Dankesrede würdigte er die Erfolge bei der deutsch-polnischen Aussöhnung, mit denen vor neun Jahren noch niemand habe rechnen können. „Die Visionäre sind die wahren Realisten“, sagte Kohl.

Kwasniewski warnte davor, jetzt Routine in das Verhältnis beider Länder einkehren zu lassen. „Wir dürfen die Temperatur unserer Kontakte nicht erkalten lassen“, appellierte er. Die Beziehungen dürften nicht mit Ängsten und Vorwürfen belastet werden. Die Grundlage der Zusammenarbeit müsse das Verantwortungsgefühl für die Zukunft Europas sein.

Die Polen rief der scheidende Bundeskanzler auf, bei der Integration mit Europa nicht die Probleme in den Vordergrund zu stellen: „Ich habe mich nicht in die polnische Politik einzumischen, aber glauben Sie mir, die Chance ist jetzt da.“ Sie müsse daher leidenschaftlich gemeinsam genutzt werden. „Kinder, die heute in Warschau geboren wurden, werden, bevor sie volljährig sind, mit dem Euro bezahlen – in Berlin genauso wie in Warschau“, sagte Kohl.

Deutschland, als Bündnispartner. Wir haben in diesen Tagen erlebt: Hätten wir Deutsche abseits gestanden, wäre die Chance, daß die Entscheidung des Atlantischen Bündnisses auf Milosevic eine Wirkung erzielt hat, geringer gewesen. Das war der ausschlaggebende Grund, die Sache so zu machen. Deswegen müssen wir diese Entscheidung treffen.

Es geht um die notwendige konstitutive Zustimmung des Bundestages zu der gegebenenfalls notwendigen Beteiligung deutscher Streitkräfte an den Luftoperationen der NATO, deren Drohung hoffentlich dazu führt, daß es dazu nicht kommt. Die Drohung funktioniert nur, wenn damit die

Bereitschaft verbunden ist, auch notfalls zu handeln. Hier ein möglichst großes Maß an Klarheit zu haben, dient dem Frieden, dient den Menschenrechten. Hier ein möglichst großes Maß an Verlässlichkeit zu haben und ein berechenbarer verlässlicher Bündnispartner zu sein, dient dem Frieden der Deutschen unter allen denkbaren Umständen in der Zukunft.

Deswegen danke ich der Bundesregierung und allen, die daran mitgewirkt haben, daß wir heute zu einer Entscheidung kommen, die hoffentlich hilft, daß das Blutvergießen in Europa weniger wird. Die CDU/CSU-Fraktion wird zustimmen. ■

Frieden und Freiheit sind unlösbar miteinander verbunden

Dies ist für mich ein bewegender Augenblick. Ich habe mich der Bundeswehr immer in besonderer Weise verbunden gefühlt – und das wird auch in Zukunft so sein.

Heute verabschiede ich mich von Ihnen als Bundeskanzler. Aber Sie können sicher sein, daß ich weiterhin ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Soldaten und unserer Streitkräfte haben werde.

Ich nutze gerne diese gute Gelegenheit, um die großen Verdienste der Bundeswehr um unser Vaterland zu würdigen.

Die Geschichte unserer Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte; und ich bin stolz darauf, daß ich in den vergangenen 16 Jahren diese Entwicklung mitgestalten konnte!

Seit mehr als vierzig Jahren leisten die Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der Atlantischen Allianz einen ganz entscheidenden Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit. Stellvertretend für unsere Freunde und Partner im Bündnis nenne ich die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Großbritannien.

Frieden und Freiheit bedingen einander. Sie sind unlösbar miteinander verbunden. Frieden und Freiheit – dies ist die Erfahrung der Geschichte – gibt es nicht zum Nulltarif. Wir müssen wachsam bleiben!

Die schlimmen Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien – zuletzt im Kosovo machen auf furchtbare Weise deutlich, daß auch am Ende des 20. Jahrhunderts Frieden und Freiheit in Europa immer noch Gefährdungen ausgesetzt sind.

Jeder Verstoß gegen die Menschenrechte muß uns unerträglich sein – aber ganz besonders muß uns die Tatsache aufrütteln, daß mitten in Europa, eine Flugstunde von diesem Platz entfernt, Menschen ermordet und brutal aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Gerade auch angesichts unserer Geschichte sind wir Deutschen dazu

Aus der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl bei dem Appell anlässlich seiner Verabschiedung durch die Bundeswehr mit Großem Zapfenstreich am 17. Oktober in Speyer

verpflichtet, im Rahmen der Völkergemeinschaft unseren Beitrag zu leisten, daß den notleidenden Menschen im Kosovo geholfen wird.

Ich begrüße es daher, daß der Deutsche Bundestag – ungeachtet parteipolitischer Gegensätze – gestern mit überwältigender Mehrheit dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt hat. Die Bundeswehr wird sich demgemäß zusammen mit unseren Partnern in der NATO an den geplanten Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt beteiligen. Ich bin mir bei dieser Entscheidung meiner besonderen Verantwortung – und ich denke, dies ist unsere gemeinsame Verantwortung – für Leben und Gesundheit unserer Soldaten bewußt.

Unsere Soldaten stehen auch in Bosnien-Herzegowina Seite an Seite mit unseren

Verbündeten und Partnern und sichern den noch immer zerbrechlichen Frieden.

Sie schützen Kinder, Frauen und Männer vor der Not und dem Leid des Krieges. Sie helfen ihnen beim Wiederaufbau ihrer Heimat. Ich danke unseren Soldaten sehr herzlich für diesen Einsatz!

Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahrzehnten einen unschätzbaren Beitrag zum Ansehen Deutschlands in der Welt geleistet.

Die Männer und Frauen unserer Bundeswehr haben in den Jahren seit 1990 im Prozeß der Deutschen Einheit Beispielhaftes geleistet. Innerhalb weniger Jahre sind Streitkräfte, die eben noch miteinander verfeindeten Bündnissen angehörten, erfolgreich zu einer Armee verschmolzen worden. Das ist ein historisch einzigartiger Vorgang. Heute dienen Rekruten aus Brandenburg und Rheinland-Pfalz, aus Hamburg und Sachsen gemeinsam unserem wiedervereinigten Vaterland.

Die Bundeswehr hat gezeigt, was erreichbar ist, wenn Deutsche aus Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft einer gemeinsamen Aufgabe stellen. So bleibt der hervorragende Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten im vergangenen Jahr bei der Bekämpfung des Hochwassers an der Oder unvergessen.

Wer dort dabei war, konnte eine junge Generation erleben, die mit ihrem Tun ein Beispiel für gelebten Patriotismus und Gemeinsinn gibt. Die jungen Soldaten haben – unterstützt durch die Bevölkerung – Tag und Nacht gearbeitet, um die Gefahren des Hochwassers zu bannen.

**Wir dürfen nicht vergessen:
Es ist die junge Generation**

unseres Landes, die in der Bundeswehr ihren Dienst leistet. Es ist die Armee unserer Söhne!

Unsere Soldaten stellen sich einer besonderen Pflicht. Die Wehrpflicht ist und bleibt für mich ein herausragender Ausdruck der Bürgerverantwortung in unserer freiheitlichen Demokratie. Die Wehrpflicht ist die Klammer von Gesellschaft und Armee, von Politik und Militär. Sie führt Menschen aus verschiedenen Regionen, Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten unseres Landes zusammen. Deshalb werde ich immer leidenschaftlich für die Beibehaltung der Wehrpflicht eintreten.

Wir stehen nur etwas mehr als ein Jahr vor dem Ende eines Jahrhunderts, das Leid und Tränen, Not und Tod in nie gekanntem Ausmaß gesehen hat.

An der Schwelle zum neuen Jahrhundert haben wir Deutschen alle Chancen für eine gute Zukunft. Gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern haben wir die Grundlagen für Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa gelegt.

Und in diesen Tagen meines Ausscheidens aus dem Amt des Bundeskanzlers kann ich der jungen Generation in Deutschland sagen, daß sie nach menschlichem Ermessen ihr ganzes Leben in Frieden und Freiheit verbringen wird.

Ich wünsche allen, die in unserem Land politische Verantwortung tragen, für ihre Arbeit Fortüne und Erfolg.

Ich wünsche der Bundeswehr eine gute Zukunft im Dienst an Frieden und Freiheit.

Ich wünsche unserem Vaterland Glück und Gottes Segen!

CDU Mecklenburg-Vorpommern stellt sich der Herausforderung

Großer Mitgliederzulauf – Landesparteitag am 28. November

Nachdem sich der Landesvorsitzende der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstoff, trotz der Gesprächsbereitschaft der CDU, für eine Zusammenarbeit mit der PDS entschieden hat, wird die CDU in Mecklenburg-Vorpommern auf einem Landesparteitag am 28. November über ihre Strategie für die Opposition beraten.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern muß sich vorhalten lassen, daß sie die PDS bundesweit hoffähig macht. Über die Landesregierung hat die PDS nun Einfluß auf die Bildungs-, Kultur, Innen- und Wirtschaftspolitik im Land. Zukünftig wird die PDS über den Bundesrat Entscheidungen in ganz Deutschland mit beeinflussen. Ein gefährlicher Weg.

Ein unseliger Pakt

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist einen Pakt mit jenen eingegangen, die von den Bürgern Mecklenburg-Vorpommerns 1989/90 aus den SED-Bezirks- und -Kreisleitungen und den Amtsstuben verjagt wurden. Jene, die die Koalition mit der SPD auf Seiten der PDS einfädelten, haben in Moskau studiert und im SED-Parteiparat gedient. Noch heute definiert Helmut Holter die PDS als antikapi-

talistisch, sozialistisch und systemoppositionell.

Wie mit einer solchen Partei eine stabile Landesregierung gebildet werden kann, bleibt abzuwarten. Die CDU wird im Landtag und in der politischen Arbeit im Land den Genossen von SPD und PDS sehr genau auf die Finger sehen.

Zeichen gegen Rot-Rot setzen

Erfreulich für die Partei ist, daß allein in den ersten zwei Wochen nach den Bundes- und Landtagswahlen über 130 Bürgerinnen und Bürger einen Antrag auf CDU-Mitgliedschaft gestellt haben. Die Mehrzahl der Anträge kommt von Jugendlichen und Selbständigen. Viele, die jetzt eine Mitgliedschaft in der CDU beantragen, wollen damit ein Zeichen gegen die künftige rot-rote Landesregierung setzen.

Der CDU-Landesverband hat inzwischen alle Mitglieder der CDU in Mecklenburg-Vorpommern aufgerufen, jetzt neue Mitglieder zu werben. Viele Menschen im Land sind mit der rot-roten Politik, wie sie demnächst von der Schweriner Landesregierung zu erwarten ist, nicht einverstanden. Diese Menschen werden in der CDU gebraucht.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Transrapid-Konzept übernommen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zum grundsätzlichen „Ja“ zum Transrapid als Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der Transrapid wird realisiert werden, davon bin ich nach dem grundsätzlichen „Ja“ in den rot-grünen Koalitionsverhandlungen überzeugt. Im Interesse des Technologiestandortes Deutschland und seiner Arbeitsplätze, wofür wir uns mit unserer festen Haltung pro Transrapid insbesondere einsetzen, begrüße ich dieses Ergebnis der Verhandlungen.

Kernfragen des Projektes, das war bereits mit dem zwischen Bundesverkehrsminister Wissmann und dem

Industriekonsortium im April 1997 vereinbarten Konzept klar definiert, sind der sachlich vertretbare Rahmen der Kostenentwicklung und die Aufgabenverteilung innerhalb der „public-private-partnership“. Dies soll nunmehr so weitergelten.

Das Transrapid-Konzept der scheidenden Bundesregierung ist eine verantwortungsvolle gemeinsame Entscheidung mit der Industrie. Beide Seiten, Bund und Industrie, müssen ihre Aufgaben in eigener Verantwortung bewältigen. Es ist gut für das Ansehen Deutschlands, daß die neue rot-grüne Koalition dies auch so erkannt hat und das von der Koalition von CDU/CSU und FDP initiierte positive Signal für den Industriestandort Deutschland fortsetzen will.

Die Junge Union Deutschlands sucht zum 1. Januar 1999 für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin

zwei Sekretär/innen/-Sachbearbeiter/innen

Aufgaben:

- Zuarbeit und Schriftverkehr für die Bildungsreferentinnen
- Zuarbeit und Schriftverkehr für den Finanzreferenten und den Pressesprecher
- Organisation von Veranstaltungen und Sitzungen
- Reisevorbereitungen
- projektbezogene Arbeiten
- Mitgliederverwaltung

Anforderungen:

- kfm. Ausbildung bzw. Sekretär/innen-ausbildung
- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift sowie Kenntnisse der englischen Sprache
- Arbeiten mit einem Computer ist Voraussetzung (Windows 95, MS Office Professional 97); Internet-Kenntnisse erwünscht
- hohes Maß an Mobilität und Flexibilität
- Höchstalter 28 Jahre

Vergütung: in Anlehnung an BAT (Bund)

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 15. November 1998 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Bundesgeschäftsführer Ulrich Burger, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, zu richten.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-

Stiftung in Eichholz

„Neue Steuerungsmodelle“, „Kontrakt-Management“, „Budgetierung“ und „Controlling“ . . . – Es sind dies Begriffe, die im Alltag von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zunehmend Bedeutung gewonnen haben.

Weil die neuen Begriffe untrennbar verbunden sind mit der politischen Forderung nach dem „schlanken Staat“, der effizient und bürgernah die kommunalen Herausforderungen bewältigen soll, sieht es die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. als eine ihrer Aufgaben an, zum Dialog über die neuen Steuerungsmodelle beizutragen.

Veranstaltung Nr. 306

Dienstleistungsunternehmen Kommune – Verwaltungsreform und Steuerungsmodelle in der Praxis

Workshop für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

11. bis 13. November 1998

Die wichtigsten Themen:

- Neue Steuerungsmodelle aus der Perspektive der Kommunalpolitik
- Verwaltung führen durch Vorgabe meßbarer Ziele – Kontraktmanagement in der Praxis
- Steuerung der Aufgabenerfüllung mit langfristigen Führungsinformationen – Berichtswesen und Controllingssystem als Basis der Verantwortungsdelegation
- Controlling als Instrument der Politikumsetzung
- Die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung neu organisieren – Auswirkungen auf Ausschußarbeit, Hauptsatzung, Geschäftsordnung, Verzahnung von Informationssträngen

● Umsetzungshürden in der Praxis
Weitere Informationen/
Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax-Nr. (0 22 36) 7 07-2 30

Einzelhandelsumsatz im August gestiegen

Der Umsatz im deutschen Einzelhandel ist im August leicht gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, nahmen die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr nominal um 1,8 Prozent und real um 1,9 Prozent zu. Auch im Juli hatte es einen Zuwachs in dieser Größenordnung gegeben. In den ersten acht Monaten dieses Jahres legten die Erlöse im Einzelhandel nach vorläufigen Ergebnissen der Statistiker nur um nominal 0,5 Prozent und rund um 0,2 Prozent zu.



Neu: Skatspiel in zwei Versionen

Das CDU-Skatspiel ist jetzt auch als Deutsches Blatt erhältlich.

Bestell-Nr.: **9507** (Deutsches Blatt)

Bestell-Nr.: **9540** (Französisches Blatt)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 50,- DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVst, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Aufkleber: Jammert mir nichts vor . . .

Nun ist es soweit. Statt großer Steuerreform gibt es nur eine minimale Entlastung bei gleichzeitiger Erhöhung aller Kraftstoffkosten. Unter dem Strich bleibt weniger übrig als vorher. Im Gespräch mit Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen werden Sie jetzt hören „Das haben wir nicht gewollt“. Als Antwort darauf empfehlen wir unseren neuen Aufkleber: „Jammert mir nichts vor“.

Bestell-Nr.: 9513
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 15,- DM

Jammert mir
nichts vor,
ich habe **CDU**
gewählt

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh

Fax (0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon @bertelsmann.de

UID

35/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.